

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/1404

A05

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Sibylle Thelen
Direktorin
Lautenschlager Straße 20
70173 Stuttgart
0711-164099-30
sibylle.thelen@lpb.bwl.de

Anhörung von Sachverständigen des Hauptausschusses „Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung!“

Beitrag der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zur Anhörung im Hauptausschuss des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 18. April 2024 (Stichwort A05 – Landeszentrale)

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) ist gebeten worden, im Rahmen der Anhörung im Hauptausschuss des Landtags von Nordrhein-Westfalen schriftlich Stellung zu nehmen. Auf der Grundlage einzelner Fragen des vorliegenden Fragenkatalogs werden hiermit Perspektiven und Erfahrungen der LpB Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt. Ausgangspunkt sind dabei die spezifischen Voraussetzungen des eigenen Auftrags und der eigenen Arbeit.

1. Auftrag von Landeszentralen für politische Bildung am Beispiel der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Zu Frage 6: Vergleichende Analyse mit anderen Bundesländern

Landeszentralen für politische Bildung vermitteln politische Bildung im öffentlichen Auftrag. Als Bildungseinrichtung der Länder haben sie die Aufgabe, politische Bildung auf überparteilicher Grundlage zu fördern und zu vertiefen. Ihre Angebote dienen der Festigung und Vertiefung des Gedankenguts der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dieser Auftrag verbindet die Landeszentralen bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Verankerung und Aufstellung, Größe und Struktur.

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) ist die zentrale Einrichtung des Landes Baden-Württemberg in ihrem Arbeitsgebiet. Sie hat die Aufgabe, politische Bildung möglichst flächendeckend anzubieten und steht allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes zur Verfügung. Sie ist als nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts seit 2013 beim Landtag von Baden-Württemberg eingerichtet. Nach ihrer Gründung im Jahr 1972 war die LpB zunächst beim Staatsministerium angesiedelt.

Die Überparteilichkeit der Arbeit der LpB wird durch ein Kuratorium sichergestellt, dem Landtagsabgeordnete der Fraktionen sowie externe Sachverständige angehören. Die Festlegung der Arbeitsschwerpunkte der LpB und ihres Haushaltsplans erfolgen im Einvernehmen mit dem Kuratorium. Darüber hinaus

nimmt das Gremium den Jahresbericht der LpB entgegen. Es kann zudem jederzeit Auskünfte über die laufende Arbeit einholen. Das Kuratorium besitzt somit eine eigene, mitgestaltende Funktion im Rahmen der Tätigkeit der LpB Baden-Württemberg.

Der Auftrag der LpB ist in der „Bekanntmachung des Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg über die Errichtung einer Landeszentrale für politische Bildung“ vom 20. März 2013 niedergelegt: www.lpb-bw.de/landeszentrale-auf-einen-blick.

1.1 Grundlagen der Arbeit von Landeszentralen am Beispiel der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Zu Frage 6a: Kernaufgaben der Landeszentralen im Vergleich

Wichtigste inhaltliche Grundlagen der Landeszentralen sind das Grundgesetz, die jeweilige Landesverfassung, die Rechtsgrundlage ihrer Tätigkeit sowie der „Beutelsbacher Konsens“. Seine drei Leitprinzipien – Verzicht auf Überwältigung, Herstellung von Kontroversität, Befähigung zur demokratischen Teilhabe – bilden den normativen Kern der politischen Bildungsarbeit an Schulen und darüber hinaus.

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) versteht sich als Garant für Pluralität, Ausgewogenheit und Qualität in der politischen Bildungsarbeit. Sie wirbt für Demokratie, bekämpft politischen Extremismus und unterstützt (im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Arbeitsschwerpunkte) die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg, die sich für die Demokratie engagieren oder engagieren wollen. Einige wichtige Verfassungsziele – wie z. B. die Gleichberechtigung von Männern und Frauen oder auch die europäische Einigung – werden im Angebot der LpB besonders berücksichtigt.

1.2 Methodische Vielfalt der Angebote am Beispiel der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Zu Frage 6a: Themenvielfalt vs. Themenfokussierung; sowie zu Frage 1d und 18b: Unterschiede von politischer Bildung und Präventionsarbeit

Um ihren Bildungsauftrag zeitgemäß zu erfüllen, ist die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) in aktuelle (politik-)didaktische Diskurse involviert. Alle zwei Jahre lädt die LpB die Fachwelt der Politikdidaktik zu den „Beutelsbacher Gesprächen“ ein, um neue Herausforderungen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit – etwa zu Fragen der „Nachhaltigkeit“ oder auch „Kontroversität“ – zu diskutieren. Die Ergebnisse der mehrtägigen Fachtagung werden in der „Didaktischen Reihe“ der LpB veröffentlicht. Die Bücher sind zum moderaten Preis zu erwerben: www.lpb-bw.de/didaktische-reihe.

Um auch ihr Bildungsangebot zeitgemäß zu gestalten, arbeitet die LpB kontinuierlich an der Weiterentwicklung von Formaten und Methoden – etwa bei der Entwicklung von Planspielen zu politischen Prozessen, von Projekttagen zur Aufklärung über Verschwörungstheorien oder auch von Workshops zum Umgang mit Fake News. Eine wichtige Rolle bei der Erprobung neuer Formate und Methoden spielt – verstärkt seit Corona – die Digitalisierung der Angebote. Auch hier werden neue Formate und Methoden erarbeitet – etwa das Online-Informationsangebot zu OB-Wahlen im Land

(Kandidat-O-Mat), das breite Angebot von E-Learning-Kursen, die GPS-Rallyes zur Erkundung historischer Zusammenhänge im öffentlichen Raum oder auch „Insta-Walks“, ein Format zur Begegnung junger Menschen mit der Politik. Künstliche Intelligenz stellt die politische Bildung nicht nur hinsichtlich schwieriger inhaltlicher demokratiethoretischer Fragestellungen vor neue Herausforderungen, sondern ist auch bei der methodisch-didaktischen Angebotskonzeption ein neues Feld. Ein wachsender Schwerpunkt zur Erweiterung der methodisch-didaktischen Vielfalt ist die möglichst barrierefreie Aufbereitung komplexer Themen im Rahmen inklusiver politischen Bildung. Aus diesem Grund wurden die Online-Angebote der LpB barrierefrei gestaltet.

Die LpB setzt auf methodisch-didaktische Vielfalt. Durch die Verbindung unterschiedlicher pädagogischer Ansätze kann flexibel auf die Heterogenität der Gesellschaft reagiert werden. Mit dieser Zielsetzung werden in der LpB Angebote der politischen Bildung, der Demokratiebildung und der Extremismusprävention unter einem Dach entwickelt und durchgeführt. Dies stärkt die pädagogische Expertise der Mitarbeitenden; und dies hilft ihnen zudem in der pädagogischen Praxis, um bei Bedarf angemessen auf Herausforderungen angesichts der heterogenen Zusammensetzung von Teilnehmenden reagieren zu können.

Durch Kooperationen der LpB mit Akteuren aus anderen Bereichen (Sozialarbeit, Kultureinrichtungen, Vereine, Medien etc.) erweitert sich dieses Spektrum zudem um Formate und Methoden aus der aufsuchenden und der kulturellen Bildung sowie um medien-, erlebnis- oder auch theaterpädagogische Ansätze.

1.3 Thematische Vielfalt der Angebote am Beispiel der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Zu Frage 6a: Themenvielfalt vs. Themenfokussierung sowie zu
Frage 1e: Erreichung von Zielgruppen

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) verbindet thematische Vielfalt mit thematischer Fokussierung. Die 26 pädagogischen Fachbereiche und vier Außenstellen der LpB haben jeweils eine eigene inhaltliche Ausrichtung. Sie arbeiten aber themen- und anlassbezogen zusammen. So können gemeinsame Schwerpunkte gesetzt und Ressourcen zusammengeführt werden.

Die Fachbereiche, in vier pädagogischen Abteilungen und zwei Stabsstellen organisiert, sind wie folgt ausgerichtet:

- Zielgruppenorientierung: Die vier Außenstellen, die Fachbereiche „Schule und Bildung“, „Grundschule“ und „Schülerwettbewerb des Landtags“ sowie die „Servicestelle Friedensbildung“ richten ihre (Veranstaltungs-)Angebote explizit auf Lehrkräfte an Schulen sowie auf Schülerinnen und Schüler aus. Ebenfalls zielgruppenorientiert arbeiten die Fachbereiche „Jugend und Politik“ sowie „Frauen und Politik“.
- Themenorientierung: Die Fachbereiche „Nachhaltigkeit“, „Integration und Migration“, „Europa und Internationales“, „Gedenkstättenarbeit“, „Politische Landeskunde“, „Landespolitik“ sowie die Stabsstelle „Demokratie stärken!“ mit ihren Angeboten der Demokratiebildung, politischen Medienbildung und

Extremismusprävention (basierend auf dem Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit) erarbeiten Angebote zu bestimmten Themen.

- Formatorientierung: Die Fachbereiche, die die drei LpB-Zeitschriften und die beiden LpB-Buchreihen herausgeben, arbeiten redaktionell im Printbereich. Die Internetredaktion ist für die Webseite mit ihren etwa 30 Themenportalen zuständig. Die Fachbereiche „E-Learning“, „Medienpädagogik“ sowie „Social Media“ richten ihre schulischen und außerschulischen Angebote an digitalen Formaten aus.
- Auftragsorientierung: Seit 1996 verwaltet und koordiniert der Fachbereich „Gedenkstättenarbeit“ im Auftrag des Landtags von Baden-Württemberg die Fördermittel des Landes für die mehr als 80 Gedenkstätten für die Opfer der NS-Diktatur. Die Fördermittel sind stark angehoben worden: von 200.200 Euro im Jahr 2011 schrittweise auf 1,7 Millionen Euro im Jahr 2024. Entsprechend ausgeweitet worden sind die Aktivitäten der Gedenkstätten und des Fachbereichs „Gedenkstättenarbeit“ in enger Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen Baden-Württemberg (LAGG).

Auch der Fachbereich „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ arbeitet im Auftrag: Seit 1990 betreut er für das Umweltministerium Baden-Württemberg (sowie mit Fördermitteln des Bundes) als Träger des FÖJ mehr als 100 Freiwillige an unterschiedlichen Einsatzstellen im ganzen Land.

Anlassbezogen arbeiten die Fachbereiche abteilungs- und stabsstellenübergreifend bei der Entwicklung von Angeboten zusammen – so etwa im ersten Halbjahr 2024 anlässlich der Kommunal- und Europawahlen sowie anlässlich des 75. Jahrestags des Grundgesetzes. Auf diese Weise ergeben sich Synergien in der Ansprache von teilnehmenden Zielgruppen. Ergebnis ist oft auch eine breitere Vernetzung der Beteiligten. Zudem ist die Nachhaltigkeit von Veranstaltungen durch die crossmediale Kooperation innerhalb der LpB abgesichert: Veranstaltungsinhalte werden auf der Homepage oder in Publikationen dokumentiert, für Podcasts verwertet oder auf Social Media gepostet.

Die Verzahnung der Fachbereiche ermöglicht es zudem, neue wissenschaftliche Erkenntnisse auf breiter Basis in die Arbeit einzubeziehen. Damit trägt die LpB Baden-Württemberg zu einem gelingenden Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Gesellschaft bei. Mit dieser Zielsetzung werden Kontakte zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land gepflegt – wie etwa zum neu gegründeten Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) an der Universität Tübingen. Umgekehrt trägt die LpB im Zuge dieser Vernetzung dazu bei, dass Angebote der (historisch-)politischen Bildung in die Studiengänge integriert werden.

1.4 Landesbezug der politischen Bildungsangebote am Beispiel der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Zu Frage 6a: „standortspezifische“ Fragen

In föderaler Vielfalt bearbeiten Landeszentralen die Themenfelder Landesgeschichte, politische Landeskunde und Landespolitik. Sie tragen mit ihren Angeboten zur

Stärkung der heimatlichen Verankerung der Bürgerinnen und Bürger bei und fördern die Identität der Bevölkerung im jeweiligen Bundesland. Viele Landeszentralen entwickeln zudem (historisch-)politische Bildungsangebote im Kontext der Bildungspläne des jeweiligen Bundeslandes – auch hier wird der Landesbezug relevant. Darüber hinaus haben viele Landeszentralen die Aufgabe, die Träger der (politischen) Jugend- und Erwachsenenbildung in ihrem Bundesland zu vernetzen. Ziel dabei ist es, die pluralistische Trägerlandschaft zu stärken und den landesweiten Austausch über Formate, Zielgruppen und Standards zu fördern.

Für die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) zählen Angebote mit Landesbezug zur Kernarbeit. Es geht um Wissensvermittlung, um kritische Geschichtsbetrachtung, um Angebote der Verortung im geschichtlichen und geografischen Raum. Ziel ist es aber auch, das Zugehörigkeitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zum „Bindestrichland“ Baden-Württemberg zu stärken. Den Themenfeldern Landespolitik, politische Landeskunde und Landesgeschichte widmet sich die LpB in Seminaren und Veranstaltungen, in Publikationen, im Internet, mit Spielen, Lernmedien und digitalen Angeboten. Eine wichtige Rolle bei der Erstellung von Angeboten spielt die breite Vernetzung der LpB mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Archiven, Gedenkstätten und Museen im Land. In vielen Fällen wird kooperiert.

- Landespolitik – vor Wahlen: Anlässlich von Kommunal- und Landtagswahlen im Land sowie anlässlich von Bundestags- und Europawahlen unter Berücksichtigung der Landesperspektive macht die LpB Baden-Württemberg umfangreiche Informationsangebote: Dazu zählen Veranstaltungen an den Schulen (Workshops, Begegnungsformate, Informationsveranstaltungen) und für die interessierte Öffentlichkeit (Podiumsdiskussionen). Darüber hinaus gibt die LpB Materialien für den Unterricht heraus und widmet den Wahlen jeweils eigene Ausgaben bei den Zeitschriften „Bürger & Staat“, „Politik & Unterricht“ sowie „Deutschland & Europa“. Die LpB gibt Handbücher zur Landes- und Kommunalpolitik als Nachschlagewerk heraus. Soeben erschienen ist das „Handbuch Kommunalpolitik 2024“. Alle Angebote werden auf der LpB-Webseite gebündelt. Dort sind auch die aktuellen Portale zu den Wahlen einrichtet. Derzeit im Blick sind die Portale zu den Kommunal- und Europawahlen mit Informationen zum Wahlrecht, zu den Kandidierenden und ihren Wahlprogrammen. Beides abrufbar unter diesen Links: www.kommunalwahl-bw.de sowie www.europawahl-bw.de.
- Landespolitik – zu Sachthemen: Zielsetzung der LpB ist es, über politische Sachthemen mit Landesbezug zu informieren. Die Fachbereiche leisten hierzu wichtige Beiträge – etwa in Gestalt kontrovers besetzter Diskussionen, von Tagungen und Offenen Seminaren. Um diese Angebote stärker zu bündeln und die Auseinandersetzung mit Landespolitik gezielt zu fördern, ist soeben der Fachbereich „Landespolitik“ geschaffen worden.
- Politische Landeskunde: Das Internetportal der LpB www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de informiert in aller Grundsätzlichkeit über Kommunal- und Landespolitik. Zudem finden sich hier übersichtlich und umfassend aufbereitet Informationen über wichtige historische Ereignisse und Persönlichkeiten mit Landesbezug.
Die 1975 begründete LpB-Buchreihe „Schriften zur politischen Landeskunde“

widmet sich – auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse – Themen aus Geschichte, Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft. Einige Ausgaben der bisher 53 erschienenen Bände sind zu Standardwerken avanciert, so etwa der Band „Entrechtet – verfolgt – vernichtet. NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten“, der in zwei Auflagen erschienen ist. Alle Bände der Landeskundlichen Reihe bieten wir seit mehreren Jahren auch als kostenfreie E-Books an.

Die Landeskunde ist auch ein Thema für den Unterricht. Seit Jahresbeginn freigeschaltet ist das neue niederschwellige digitale Lernmedium für Haupt-, Werkreal- und Realschulen „BW entdecken“. Es führt mit Filmen und Texten sowie Aufgaben für unterschiedliche Schulfächer an Land und Leute, Geschichte und Geographie, Kultur und Kulinarik Baden-Württembergs heran: www.BW-entdecken.de.

Auch die Angebote für die interessierte Öffentlichkeit richten den Blick auf die Landespolitik. Offene Seminare führen ein- und mehrtägig an besondere Orte im Land, um Landeskunde zu vermitteln.

Anlässe wie das Landesjubiläum (70 Jahre BW 2022) oder der Jahrestag der Landesverfassung (70 Jahre LV 2023) mit ihrer einzigartigen Vorgeschichte der drei Verfassungen im deutschen Südwesten werden für Veranstaltungen, Ausstellungen und ein umfassendes Angebot im Internet genutzt.

- Landesgeschichte: In enger Zusammenarbeit mit den mehr als 80 Gedenkstätten für die Opfer der NS-Diktatur in ganz Baden-Württemberg gibt die LpB Materialien für den Unterricht mit regionalem Bezug heraus, veranstaltet Exkursionen für Schulklassen oder für die interessierte Öffentlichkeit und bietet Veranstaltungen und Seminare zu aktuellen Themen der Aufarbeitung an: www.gedenkstaetten-bw.de. Dabei arbeitet die LpB eng vernetzt mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen (LAGG) sowie mit den Universitäten, Archiven, Forschungseinrichtungen und Museen im Land. Eine enge Zusammenarbeit besteht auch mit dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Seit Ende 2023 liegt die Koordination des Forschungsvorhabens „NS-Vergangenheit südwestdeutscher Landtagsabgeordneter nach 1945“ bei der LpB. Sie arbeitet dabei vernetzt mit Universitäten, Forschungseinrichtungen und Archiven im Land zusammen.

1.5 Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Angebote am Beispiel der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Zu Frage 14: Methoden und Indikatoren zur kontinuierlichen Evaluation

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) versteht sich als Garant für Pluralität, Ausgewogenheit und Qualität in der politischen Bildungsarbeit (siehe Ziffer 1.1). Unter dieser Grundvoraussetzung werden Angebote konzipiert, erstellt, durchgeführt und nachbereitet. Diese gilt auf jeweils spezifische Art und Weise für Seminare und Veranstaltungen, Printprodukte und Informationsangebote im Internet, etwa die LpB-Dossiers, sowie für weitere digitale Angebote.

Konzeption und Erstellung von Angeboten erfolgen auf wissenschaftlicher Grundlage. Sie erfolgen zudem oftmals unter Einbezug von Zielgruppen, um den Zuschnitt des Angebots bedarfsgerecht zu fassen.

Die Angebote sind gemäß Auftrag der LpB überparteilich ausgerichtet und folgen dem Leitgedanken des Beutelsbacher Konsenses.

Die Erfüllung dieser Voraussetzungen ist Gegenstand eines diskursiven Erstellungsprozesses. Dabei fließt die didaktisch-methodische Expertise des Teams ein. Zugleich werden – im Fall standardisierter Angebote wie etwa die „Politischen Tage“ für die Schulen – Schulungsmaßnahmen für die freien Mitarbeitenden erarbeitet. Diese garantieren die Qualitätssicherung bei der Durchführung.

Nach der Erstellung der Angebote erfolgen Kontrolle, Qualitätssicherung und Evaluation auf unterschiedlichen Wegen. Wichtige Anhaltspunkte gibt die Rückmeldung der Teilnehmenden, der Auftraggeber sowie der Kooperationspartner. In bestimmten Zeiträumen – derzeit im Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ – führt die LpB Befragungen zur Evaluation von Veranstaltungen durch. Bei Projekten erfolgt eine Rückmeldung in Gestalt von Sachberichten zum Verwendungsnachweis.

Viele Angebote – insbesondere die Homepage – richten sich an die Öffentlichkeit. Feedback erfolgt deshalb von unterschiedlichster Seite.

Grundsätzlich unterliegt die LpB der Aufsicht ihres Kuratoriums, dem gegenüber sie in regelmäßigen Sitzungen kontinuierlich über die laufende Arbeit berichtet und Auskünfte erteilt. Auch der Landesrechnungshof nimmt in Abständen Prüfungen vor.

1.6 Zielgruppen einer Landeszentrale am Beispiel der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Frage 1e: Welche Zielgruppen sollen Landeszentralen erreichen

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) adressiert mit ihrem Informationsangebot im Internet, mit Publikationen, Seminaren und Veranstaltungen die interessierte Öffentlichkeit.

Ein deutlicher und bewusst gesetzter Schwerpunkt sind aber zum einen Angebote für Multiplikatoren/-innen (Lehrkräfte an Schulen, Ehrenamtliche an Gedenkstätten, Fachkräfte in der Sozialarbeit, Begleiter von Jugendbeteiligungsformaten etc.) und zum anderen Angebote für junge Menschen in Schule, Hochschule und Ausbildung. Am Beispiel der LpB-Angebote für Schulen wird im Folgenden die zielgruppenspezifische Ausrichtung aufgezeigt:

- Angebote für Schülerinnen und Schüler: Mit mehr als 1.000 Veranstaltungen im Schuljahr sind die vier Außenstellen der LpB an den Schulen im Land präsent – an Grundschulen, an allen weiterführenden Schulen sowie an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ). Angeboten werden unter anderem „Politische Tage“, die es Schulklassen auch außerhalb des Unterrichts ermöglicht, Einsichten in politische Themen und Zusammenhänge zu gewinnen. Besonders nachgefragt derzeit werden Angebote zu den Kommunal- und Europawahlen sowie zum Grundgesetz, so etwa der Workshop zur „Grundrechte-Fibel“ für Kinder der 3. und 4. Grundschulklasse. Die mehrstündigen Veranstaltungen werden von jungen freien Mitarbeitenden durchgeführt, die eigens für diesen Einsatz in Lehrgängen qualifiziert werden. Viele der jungen Freien studieren auf Lehramt

oder Fächer wie Erziehungs- und Politikwissenschaft und Geschichte. Hier der Link zu den vier Außenstellen (in der Abteilung 5 „Regionale Arbeit“): www.lpb-bw.de/abt5-regionale-arbeit.

Auch andere LpB-interne „Anbieter“ gehen mit ihren festen Mitarbeitenden und ihrem Netzwerk aus freien Mitarbeitenden an die Schulen – so etwa die Projekte „Safe!“ und „Läuft bei Dir!“ mit Angeboten der Demokratiebildung und Medienbildung (www.lpb-bw.de/projekt-safe), so auch die „Servicestelle Friedensbildung“, die Workshops zur Konfliktbearbeitung, aber auch Materialien herausgibt und ein umfangreiches Internetangebot bereithält: www.friedensbildung-bw.de/angebote-fuer-schulen.

- Angebote für Lehrkräfte: Der Fachbereich „Schule und Bildung“ unterstützt den vom Kultusministerium BW eingeführten Leitfaden „Demokratiebildung“ mit Fortbildungen für Lehrkräfte aller Schularten und gibt Anstöße zur demokratischen Schulentwicklung – u. a. mit einem Moderationstraining für Lehrkräfte, mit Schulungen und Seminaren.

Viele Fachbereiche – so die Gedenkstättenarbeit, die „Servicestelle Friedensbildung“, der „Schülerwettbewerb des Landtags“, die Medienpädagogik – und die Außenstellen begleiten ihre Angebote mit Fortbildungen für Lehrkräfte, um diesen den Zugang zu bestimmten Themen oder die Arbeit mit bestimmten Materialien zu erleichtern.

Bei den Fortbildungen steht die LpB in einem engen Austausch mit dem Kultusministerium und dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL). Die Zusammenarbeit schließt auch den Einbezug von politischer Bildung in die Lehrkräfteausbildung ein.

Über die Schwerpunktsetzungen hinaus ist es der LpB ein Anliegen, immer wieder neue Zielgruppen zu erschließen. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit Partnern, die Zugang zu anderen Bevölkerungsgruppen im Land haben wie etwa Sportverbänden oder Migrantenorganisationen.

1.7 Personal- und Ressourcenausstattung einer Landeszentrale am Beispiel der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Frage 6b zur Personal- und Ressourcenausstattung

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) hat derzeit 140 Beschäftigte (Stand 14. April 2024). Bei 78 Teilzeit- und 62 Vollzeitkräften entspricht dies einem Vollzeitäquivalent von 110,4 (VZÄ). 60 Personen im Kollegium sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (weitere zehn Referenten sind im Verwaltungsbereich tätig). 46 Personen arbeiten in der Sachbearbeitung. 28 Personen (15,91 VZÄ) sind im Team des Tagungszentrums beschäftigt. Das Kollegium der LpB arbeitet verteilt über sechs Standorte (aktuell wird die Einrichtung des sechsten Standorts vorbereitet, in dem ab Juni 2024 die Außenstelle Tübingen ihren Sitz haben wird).

- Hauptsitz Stuttgart: Mehr als 70 Mitarbeitende sind am Hauptsitz der LpB tätig. Neben der Direktion und der Verwaltung (Abteilung 1) sind hier die Abteilung 3 „Demokratisches Engagement“ (mit zielgruppenspezifischen Angeboten für Jugendliche, Frauen, Freiwillige im FÖJ, Gedenkstätten und dem Schülerwettbewerb des Landtags sowie die Fachbereich Landespolitik und

politische Landeskunde) und die Abteilung 4 „Medien“ (mit drei Zeitschriften, zwei Buchreihen, der Internetredaktion sowie den Fachbereichen „Medienpädagogik“, „E-Learning“ und „Grundschule“) angesiedelt. Auch die Stabsstelle Kommunikation und Marketing sowie die Stabsstelle „Demokratie stärken!“ mit ihren von der Baden-Württemberg Stiftung geförderten Projekten zur Demokratiebildung sowie der Fachbereich „Team meX“ mit seinem breiten Angebot der Extremismusprävention (zu Themen wie Rechtsextremismus, Antisemitismus, Verschwörungstheorien etc.) sind am Hauptsitz angesiedelt.

- Außenstellen an vier Standorten: Die Abteilung 5 „Regionale Arbeit“ ist mit ihren ca. 20 Mitarbeitenden (viele davon in Teilzeit) über vier Standorte im Land verteilt. Mit ihren vier Außenstellen in Freiburg, Heidelberg, Ludwigsburg und Tübingen ist die Abteilung 5 in allen Regierungsbezirken vertreten. Die Außenstellen kooperieren mit regionalen Bildungsträgern, gesellschaftlichen Gruppen, mit Kommunen und Landkreisen, Schulen und öffentlichen Einrichtungen in den vier Regierungsbezirken. Vor allem richten sich die Angebote der vier LpB-Außenstellen mit mehr als 1.000 Veranstaltungen im Schuljahr an die Schulen im Land.
- Tagungszentrum Bad Urach: Seit 1992 betreibt die LpB ein eigenes Tagungszentrum, das „Haus auf der Alb“ in Bad Urach. Das denkmalgeschützte Gebäude im Stil der Neuen Sachlichkeit bietet 60 bis 80 Gästen Raum für Begegnung, Gespräch und Fortbildung (mit 60 Übernachtungsmöglichkeiten im Haus, bei Bedarf mit weiteren Hotelzimmern in der Stadt). Neben den 28 Mitarbeitenden im Tagungsbetrieb ist hier auch die pädagogische Abteilung 2 „Haus auf der Alb“ mit etwa zehn Mitarbeitenden ansässig (Fachbereiche „Nachhaltigkeit“, „Europa und Internationales“, „Schule und Bildung“, „Integration und Migration“ sowie der „Servicestelle Friedensbildung“).

Diese konsequent dezentrale Aufstellung der LpB reicht in ihre Vorgeschichte zurück, als im deutschen Südwesten nach 1945 vielerorts Vereine zur Förderung der politischen Bildung entstanden, um die Demokratiebegründung nach zwölf Jahren der nationalsozialistischen Indoktrination zu unterstützen. Die Vereine sind die Vorläufer der Außenstellen, über die die LpB seit ihrer Gründung 1972 verfügt.

Ausstattung mit finanziellen Mitteln:

- Sachmittel: Die LpB ist aktuell mit Sachmitteln für die politische Bildungsarbeit in Höhe von 2,17 Millionen Euro jährlich ausgestattet (Doppelhaushalt 2023/2024).

Hinzu kommen weitere Haushaltstitel:

- Gedenkstättenarbeit: Der Landtag von Baden-Württemberg stellt 1,7 Millionen Euro im Jahr (Doppelhaushalt 2023/2024) für die Gedenkstättenarbeit und Gedenkstättenförderung (institutionelle Förderung, Projektförderung, Basisförderung für ehrenamtlich arbeitenden Gedenkstätten) zur Verfügung.
- Servicestelle Friedensbildung: Der Landtag von Baden-Württemberg stellt 151.700 Euro jährlich (Doppelhaushalt 2023/2024) für die Servicestelle Friedensbildung zur Verfügung, um friedenspädagogische Angebote für alle Schulen des Landes zu machen (Workshops, Materialien, Ausstellungen etc.).

- Schülerwettbewerb: Der Landtag von Baden-Württemberg stattet den Schülerwettbewerb des Landtags mit 198.000 Euro jährlich (Doppelhaushalt 2023/2024) aus.
- Demokratiebildung: Die Projekte „Läuft bei Dir! Werte. Wissen. Weiterkommen.“ für junge Menschen an der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf (Demokratiebildung mit politischer Medienbildung) und „Safe! Streiten und anerkennen: Freiheit erleben.“ für Grundschulen und Sekundarstufe 1 (Demokratiebildung und politischer Medienbildung) werden von der Baden-Württemberg Stiftung gefördert. Im Dezember 2023 wurden beide Projekte verlängert und mit insgesamt drei Millionen Euro für die nächsten Jahre (teils bis Juli 2025, teils bis Ende 2026) ausgestattet.
- Landesprogramm „Demokratie stärken!“: Mit Fördermitteln des Landes unterstützt die LpB in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern einzelne Projekte gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Dafür stehen jährlich 75.000 Euro zur Verfügung (Doppelhaushalt 23/24).
- Freiwilligendienst: Der Fachbereich Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) fungiert als Träger im Rahmen des Freiwilligendienstes und finanziert sich und seine Aufgaben aus Mitteln des Landesumweltministeriums und des Bundesfamilienministeriums.

1.8 Personal- und Ressourcenausstattung im historischen Verlauf am Beispiel der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg Frage 6c zum historischen Verlauf der Personal- und Ressourcenausstattung

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) wurde nach ihrer Gründung im Jahr 1972 zunächst ausgebaut. Neue Fachbereiche kamen hinzu, Formate und Zielgruppen wurden ausdifferenziert. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre begann bereits der Aufbau der Homepage, erste E-Learning-Kurse wurden angeboten. Doch Mitte der 1990er Jahre führte eine zunehmend schwierige Haushaltslage zu Einschnitten bei Personal und Sachmitteln. Die Zahl der Stellen sank von 63,5 (1995) auf 55 (2008).

Seit den 2010er Jahren ist ein verstärkter Ausbau der LpB erfolgt. Zum einen konnten seit 2008 Projektmittel der Baden-Württemberg Stiftung (damals: Landesstiftung) angeworben werden. Der seit 2014 verstetigte Fachbereich „Team meX“ begann damals als Projekt für Extremismusprävention. Weitere Projekte der Demokratiebildung und der politischen Medienbildung in Zusammenarbeit mit der Stiftung folgten. Zum anderen hat der Landtag von Baden-Württemberg beginnend in den 2010er Jahren gezielt neue Schwerpunkte innerhalb der LpB gesetzt. Die Fördermittel des Fachbereichs „Gedenkstättenarbeit“ für die inzwischen mehr als 80 Gedenkstätten für die Opfer der NS-Diktatur wurden ausgebaut (von 200.200 Euro in 2011 auf 1,7 Millionen Euro in 2024). 2015 wurde die Servicestelle Friedensbildung in gemeinsamer Trägerschaft des Kultusministeriums BW, der Berghof-Foundation und der LpB, bei der LpB angesiedelt und seither ausgebaut. Der Fachbereich „Jugend und Politik“ wurde – in Reaktion auf die veränderten Vorgaben für die kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung in der Gemeindeordnung 2015 – moderat erweitert. Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 erhielt die LpB schließlich den Auftrag, die zwei in Sparzeiten abgewickelten Außenstellen wiederaufzubauen. Der personelle Aufbau erfolgte zügig, die Teams der vier Außenstellen sind seit Ende 2020 zur neuen Abteilung 5 „Regionale Arbeit“ zusammengeschlossen worden.

Im Zuge dieser vielfältigen Maßnahmen ist in den vergangenen vier, fünf Jahren ein deutlicher Ausbau der LpB auf heute 140 Mitarbeitende erfolgt. Nach dem personellen, strukturellen und (auch pandemiebedingten) technologischen Umbruch strebt die LpB die Konsolidierung ihrer gewachsenen Organisation an. Die Personal- und Budgetkürzungen der 1990er und 2000er Jahre sind überwunden. Möglich war dies auch dank der Projektmittel. Diese forderten die Innovationsfähigkeit der LpB in einer Zeit heraus, in der neue Angebote im Bereich Extremismusprävention und Demokratiebildung zu entwickeln waren. Auf diesen methodisch-didaktisch breiten Fundamenten kann weiterhin aufgebaut werden.

2. Sicherung der Unabhängigkeit bei Neuausrichtung

Zu Frage 8

2.1 Kriterien einer unabhängigen Landeszentrale

Zu Frage 8a: Mehrwert der Kriterien einer unabhängigen Landeszentrale

Landeszentralen, die politische Bildung im öffentlichen Auftrag vermitteln, sind zur Arbeit auf überparteilicher Grundlage verpflichtet. Die Überparteilichkeit verpflichtet Landeszentralen dazu, ihre Angebote frei und unabhängig von parteipolitischen Positionierungen zu entwickeln. Vielmehr sind Landeszentralen gehalten, die Themen bzw. Lerngegenstände plural, kontrovers, multiperspektivisch, unparteiisch und im gesamtgesellschaftlichen Kontext darzustellen. Diese Zielsetzung ist auch eine der Kernaussagen des „Beutelsbacher Konsenses“.

Allerdings wird der „Beutelsbacher Konsens“ oft fälschlicherweise als Begründung herangezogen, um – so etwa bezogen auf Angebote in Schulen – einen vermeintlich neutralen oder gar unpolitischen Unterricht zu fordern. Überparteilichkeit und Kontroversität sind aber keinesfalls gleichzusetzen mit Wertneutralität. Der „Beutelsbacher Konsens“ fordert keinen „neutralen“ Politikunterricht. Sein normativer Kern orientiert sich vielmehr an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und fordert zum klaren Bekenntnis zu ihren Werten auf.

Das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) sichert ihre Überparteilichkeit und somit auch ihre Unabhängigkeit ab (siehe Ziffer 1).

2.2 Maßnahmen und Richtlinien zur Gewährleistung der Überparteilichkeit

Zu Frage 8b

Siehe unter Ziffer 2.1.

2.3 Ansiedlung einer Landeszentrale für politische Bildung

Zur Frage 8c: beste Ansiedlung einer Landeszentrale

Die Ansiedlung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) beim Landtag von Baden-Württemberg hat sich aus eigener Sicht bewährt, auch dank der guten Zusammenarbeit mit dem Kuratorium, der Landtagsverwaltung und der Landtagspräsidentin. Die Anbindung an den Landtag ist allerdings im

bundesweiten Vergleich eher selten. Landeszentralen sind in vielen Fällen bei Ministerien oder Staatsministerien angesiedelt. Auch die LpB Baden-Württemberg war bis 2013 beim Staatsministerium eingerichtet.

3. Kooperation und Netzwerkarbeit

Zu Frage 13

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) sucht die Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, um Maßnahmen der politischen Bildung in Baden-Württemberg breit anbieten zu können. Damit folgt sie der Bekanntmachung, der zufolge sie die Aufgabe hat, „auf die Zusammenarbeit der mit der Förderung der politischen Bildung befassten staatlichen Stellen hinzuwirken“ sowie „die Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Träger der politischen Bildung zu fördern“. Regelmäßig lädt die LpB zu Vernetzungstreffen unterschiedlicher Akteure landesweit ein. Sie koordiniert zudem das Landesnetzwerk Politische Bildung Baden-Württemberg, in dem 20 politische, gesellschaftliche und kirchliche Einrichtungen mit landesweiter Präsenz in der politischen Bildungsarbeit zusammengeschlossen sind:

www.lpb-bw.de/landesnetzwerk-pol-bildung.

Auch in den Angeboten der LpB spielen Vernetzung und Beratung eine zentrale Rolle. So gut wie alle Fachbereiche und die Außenstellen tragen mit ihren dezentral angelegten Angeboten zur Vernetzung in der Fläche bei – zu unterschiedlichen Themen mit unterschiedlichen Akteuren in den Kommunen und Landkreisen, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen vor Ort, Gedenkstätten und historischen Lernorten, aber auch Vereinen, Verbänden und Organisationen. In der Folge dieses Auftrags ist die LpB verwurzelt im Land und breit vernetzt in der Zivilgesellschaft.

3.1 Rahmenbedingungen für Vernetzung und Kooperation

Zu Frage 13 a und b

Kooperationen der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) finden grundsätzlich auf Basis der oben genannten Grundlagen statt, insbesondere gemäß der „Bekanntmachung des Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg über die Errichtung einer Landeszentrale“ und des „Beutelsbacher Konsenses“. Daher verpflichtet sich jeder Kooperationspartner, diese Vorgaben zu achten und einzuhalten. Für die Durchführung von Veranstaltungen und für andere Maßnahmen gelten die Richtlinien der LpB. Eine Kooperation unter Beteiligung der LpB erfolgt ausschließlich bei Maßnahmen der politischen Bildung.

3.2 Zusammenarbeit der Zentralen für politische Bildung

In der Zusammenarbeit der Zentralen für politische Bildung werden wichtige Grundlagen für die Bildungsarbeit gelegt. In regelmäßigen Treffen der Leitungen und auch der Mitarbeitenden aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen wird der kollegiale Austausch gepflegt. Landeszentralen aus Flächenländern wie Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg leisten nicht zuletzt auf der Grundlage ihres breiten vernetzten Bildungsangebots zu diesem Austausch wichtige Beiträge.

So sind in den vergangenen Jahren zahlreiche gemeinsame Stellungnahmen zu virulenten Fragen der politischen Bildung auf Leitungsebene ausgearbeitet worden – unter diesem Link findet sich die Dokumentation dieser Stellungnahmen: www.lpb-bw.de/stellungnahmen-der-zentralen-fuer-politische-bildung.

Bei regelmäßigen Treffen werden gemeinsame Vorhaben entwickelt. Ertragreiches Beispiel sind die Publikationskonferenzen, bei denen sich die Zentralen über ihre Publikationsangebote verständigen. Weitere Beispiele sind einschlägige Fachkonferenzen etwa zur Gedenkstättenarbeit oder Extremismusprävention, die den bundesweiten Austausch zu Ansätzen in der Bildungsarbeit ermöglichen. Auch die Online-Redaktionen der Zentralen arbeiten in der „Bundesarbeitsgemeinschaft Online“ regelmäßig und gewinnbringend zusammen.

4. Zusammenfassung

Politische Bildung ist Lebenselixier für die liberale Demokratie. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Begründung und Entfaltung unseres freiheitlich-pluralistischen Rechtsstaats. Politische Bildung ist dabei weit mehr als Institutionenkunde. Es geht um die Vermittlung von Orientierungswissen zur freien und fundierten Urteilsbildung. Politische Bildung ermöglicht Begegnung und ermutigt zugleich zur Übernahme von Verantwortung. Beides fördert den immer wieder aufs Neue zu festigenden gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Diesen Zielen sieht sich politische Bildung im staatlichen Auftrag, die ihre Angebote auf überparteilicher Grundlage macht, verpflichtet. Voraussetzung dafür ist eine methodisch-didaktische Expertise, die sich an normativen Grundsätzen ausrichtet und sich dabei zugleich aktuellen Herausforderungen stellt. Dies setzt, auch angesichts der großen Bandbreite an Fragestellungen und angesichts der Heterogenität unserer Gesellschaft, unterschiedliche pädagogische Ansätze voraus – politische Bildung, historisch-politische Bildung, politische Medienbildung, Demokratiebildung, Extremismusprävention, Friedensbildung etc. Diese Expertise kann auch mit anderen Trägern und Anbietern der politischen Bildung geteilt werden.

Als Einrichtung des Landes gilt es – aus der Perspektive einer Landeszentrale gesprochen – auch die landesspezifischen Themen im Blick zu haben: Landespolitik, Landeskunde, Landesgeschichte. Diese landesspezifische Schwerpunktsetzung setzt zugleich entsprechende Kooperationen voraus, so etwa mit Gedenkstätten und historischen Lernorten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Aus Einrichtung des Landes gilt es zudem, Angebote zur Vernetzung und Beratung zu machen – mit dem Ziel, (historisch-)politische Bildung ins Land hinein zu tragen. Insbesondere in Flächenländern ist es eine zentrale Aufgabe, über die urbanen Zentren hinaus auch im ländlichen Raum präsent zu sein.

Aus Sicht der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg sind diese unterschiedlichen Handlungsfelder auch für die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen von eminenter Bedeutung. Die Beiträge, die sie auf diesen Feldern leistet, gilt es zu bewahren und zu gestalten.